

Newroz 2010 Diyarbakir

Bericht der Delegation
Bremen/Hannover



Newroz 2010

Diyarbakir

Bericht der
YEK-KOM Delegation
Bremen/Hannover

23. März 2010

Inhalt

Teil I – Minderjährige politische Häftlinge

Teil II – Gefallene, Gefangene, Verschwundene

Teil III – Verfolgung von Journalisten

Teil IV – Politische Organisation und Repression

TeilnehmerInnen

Jana Behrens, Medizinische Flüchtlingssolidarität Hannover

Inci Dul, Birati e.V., Bremen

Gül Seven Güzel, Arbeitskreis Asyl, Stuttgart

Christian Jakob, Journalist, Bremen

Julia Körperich, Rechtsanwältin, Bremen

Julia Neuse, Medizinische Flüchtlingssolidarität Hannover

Antje Steinberg, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Bremen

Die Fotos stammen von Julia Körperich, Christian Jakob und Julia Neuse.

Kontakt: karawane_bremen@web.de

Teil I – Minderjährige politische Häftlinge

2007 hat das Verfassungsgericht in Ankara ein Urteil gefällt, demzufolge auch Kinder für Unterstützungshandlungen als Teil einer Terrororganisation betrachtet werden können. Dazu wurde der Artikels 8 des türkischen Anti-Terror-Gesetzes TMK neu interpretiert. Kinder von 12 bis 14 Jahren können seither von speziellen Gerichten zu langjährigen Strafen verurteilt werden, Minderjährige im Alter von 15 bis 18 bereits wie Erwachsene. Der im Jugendstrafrecht gemäß der 1995 von der Türkei ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention geltende Grundsatz der Schutz der privatsphäre von Kindern, wird herangezogen, um der Öffentlichkeit den Zugang zu den Prozessen zu verweigern. Die geschieht auch dann, wenn die Kinder strafrechtlich wie erwachsene Terroristen behandelt werden. Die Inhaftierung Minderjähriger wurde bei unserer Delegationsreise von fast allen Gesprächspartnern als besonders dringliches Problem benannt.

→ Aktuelles Fallbeispiel: Erkan Balaban, 15 Jahre

Am 6. Dezember 2009 wurde der heute 15-jährige kurdische Jugendliche Erkan Balaban aus Diyarbakir nach einer Demonstration verhaftet und ist seitdem im Gefängnis von Diyarbakir Haft. Wir trafen seine Familie am 18. März 2010 im Hohen Strafgericht in Diyarbakir, wo sie uns auf das Verfahren gegen ihren Sohn aufmerksam machte. Wir baten die Familie um ein Gespräch und trafen seine Mutter, Jahide Balaban, 34, und seine Schwester, Yakmur Balaban, 17, am 20. März in einer Teestube nahe der BDP-Zentrale. Die Familie ist arm, der Vater ernährt die sieben Kinder im Alter von drei bis 17 Jahren mit unzureichenden Einkünften aus

seiner Arbeit als Taxifahrer. Er musste eine dreijährige Haftstrafe wegen Schmuggels verbüßen.

Die ganze Familie war am Sonntag, dem 6. Dezember in Diyarbakir zu einer Demonstration gegen die Haftbedingungen des PKK-Gründers Abdullah Öcalan gegangen. An jenem Tag waren rund 15.000 Menschen auf der Straße. Als die Polizei dem Protestzug den Weg versperrte, flogen Steine. Die Familie Balaban, so berichtete uns die Mutter, verließ daraufhin die Demonstration, ihr Sohn Erkan hingegen blieb. Die Polizei ging mit Wasserwerfern, Tränengas und scharfer Munition gegen die Demonstranten vor. Der 23-jährige Erdem Aydin wurde durch eine Kugel getötet, zwei weitere Menschen wurden verletzt. Es gab 113 Festnahmen, darunter 19 Minderjährige. Einer davon war Balaban.

Die Polizei werfe ihm vor, Polizisten beleidigt und Steine geworfen zu haben, berichtet seine Mutter. Einer seiner Freunde sei frei gelassen worden, weil die Familie umgerechnet rund 200 Euro Bestechungsgeld an die Polizei gezahlt habe. Die Balabans hätten

sich das nicht leisten können. Auch die anderen verhafteten Jugendlichen seien mittlerweile freigelassen worden. Erkan hingegen blieb in Gewahrsam. Seiner Mutter berichtete er, dort misshandelt und so stark in den Magen geschlagen worden zu sein, dass er sich übergeben musste.

Bei der Vernehmung von Erkan habe die Familie nicht dabei sein dürfen. Im Gefängnis sei es nicht zu weiteren Misshandlungen gekommen. Die engste Familie dürfe Erkan ein Mal wöchentlich besuchen. Entfernte Verwandte und Freunde hätten jedoch kein Besuchsrecht. Bei Betreten des Gefängnisses müsse die Familie intensive Kontrollen über sich ergehen lassen und Schuhe und Kopftuch ablegen. Geschenke, Essen oder Kleidung dürfe sie Erkan nicht mitbringen, lediglich Geld sei erlaubt. Die Mutter spare sich vom wenigen Geld der Familie wöchentlich umgerechnet 15 Euro für Zigaretten ab, damit der Sohn "im Gefängnis wenigstens genug zu rauchen hat".

Die Wärter seien bei den Besuchen in einem großen Raum mit



→ mädchen beim newrozfest in diyarbakir, 21.03.10

mehreren Familien mit anwesend. Länger als 40 Minuten dürften sie den Sohn nicht sehen. Im Gefängnis gebe es weder Lehrer, Ärzte noch Psychologen zur Betreuung der Jugendlichen. In Erkans Haft- raum seien rund 35 Jugendliche (laut einer Liste des Menschen- rechtsvereins IHD sind es aller- dings nur 24) im Alter von zwölf bis 18 Jahren eingesperrt. Sie würden sich mit Handarbeit wie der Her- stellung von Schmuck beschäftigen, sagt die Mutter. Manche Jugendli- chen seien Waisen und würden überhaupt keinen Besuch bekom-

Fortsetzung der Verhandlung am 13. Mai soll Erkan in Haft bleiben.

Seine von der Anwaltskammer ge- stellte Anwältin Saime Erdogan be- stätigte uns bei einem Gespräch am 25. März die Darstellung der Mutter im Wesentlichen. Die Staatsanwalt- schaft habe noch kein konkretes Strafmaß verlangt. Sie rechne damit, dass Erkan B. eine Haftstrafe von 8,5 Jahren droht. Das besagte Foto zeige Erkan zwar "im Tatgeschehen", nicht aber beim Werfen von Steinen. Das Video habe sie noch nicht gese- hen. Es sei jedoch nur bedingt von Bedeutung, weil nach ihrer Erfah-

der Ärztekammer der Provinz Diyarbakir (*Diyarbakır Tabip Odası Başkanı*), Adnan Selcuk Mizrakli sollen allein in der Provinz Diyarbakir derzeit 500 politisch moti- vierte Anklagen gegen Minderjährige anhängig sein, tür- keiweit seien es rund 3.000.

Mit einer Kommission aus Kin- derpsychologen, Pädagogen und Ärzten sowie Vertretern des Ju- gendamtes von Diyarbakir und der Anwaltskammer hat Mizrakli im April 2009 das Gefängnis von Diyarbakir besucht, um sich ein Bild über die Lage der einsitzenden Minderjährigen zu machen. Seither hätten Vertreter der Anwalts- und Ärztekammer das Gefängnis noch mehrfach besucht.

Nach Mizraklis Ansicht ist die Haftanstalt für Kinder ungeeignet. Es gebe dort kaum Platz zum spie- len, keine Sportmöglichkeiten oder Musikinstrumente. Die Betten seien, ebenso wie die Kleidung der jungen Gefangenen, nicht sauber. Oft werde ihnen verboten, ihre Fa- milien zu sehen.

Mizrakli berichtet etwa von einem Jungen, der bei einem Besuch seines Vaters diesem das in der Türkei als PKK-Symbol verbotene "Victory"- Zeichen aus gespreiztem Zeige- und Mittelfinger gezeigt habe. Daraufhin erließ die Gefängnisleitung eine dreimonatige Besuchssperre. "Es gibt dort keine Sozialpädagogen, keine Psychologen und keine Lehrer. Nie- mand unterrichtet die Kinder," sagt auch Mizrakli. Es handele sich nicht um ein spezielles Jugendgefängnis, dort seien auch erwachsene Sträf- linge untergebracht. Die Minderjäh- rigen hätten allerdings einen separaten Trakt.

Die Jungen verteilen sich auf drei Hafträume mit 15 bis 24 Insassen. Laut Mizrakli dürfen sie zwei bis drei Stunden am Tag auf den offe- nen Hof. Es gebe Fernsehen, ärztli- che Versorgung erreiche die Gefangenen aber oft nur mit star- ker Verzögerung. Zu körperlichen Misshandlungen durch die Wärter-



→ newroz in diyarbakir, 21.03.10

men. Ein Mal in der Woche freitags dürften sie für eine halbe Stunde in den Hof gehen (nach Angaben der Ärztekammer von Diyarbakir dürfen die Jugendlichen allerdings täglich auf den Hof).

Nach Darstellung der Mutter sei Erkan bei einem Verhör ein Zeitungsfoto gezeigt worden. Man habe ihn gefragt, ob er auf dem Foto zu sehen sei. Das habe er be- jaht. Auf dem Foto habe er die Hände in den Taschen, sagt die Mutter. Dennoch behauptet die Po- lizei, er habe Steine geworfen. Al- lerdings gibt es auch ein Video der Demonstration, das die Mutter je- doch nicht gesehen hat. Bis zur

rung die Polizei bei dürftiger Be- weislage vor Gericht oft behauptete, die Angeklagten hätten sie beleidigt. "Das ist wie im Lotto," sagte Erdo- gan.

→ Haftbedingungen

Nach einer aktuellen Aufstellung des Menschenrechtsvereins IHD (*İnsan Hakları Derneği*) gibt es al- lein in Diyarbakir derzeit 63 min- derjährige politische Häftlinge, darunter zwei Mädchen. Die 14- jährige Beriwan Sayaca etwa solle 13,5 Jahre im Gefängnis bleiben. Im Februar diesen Jahres habe sie Steine auf Polizisten geworfen, ohne jedoch jemanden verletzt zu haben. Laut dem Geschäftsführer

rInnen komme es laut Mizrakli offenbar nicht. Das hatte uns auch Jahide Balaban gesagt. Die Inhaftierung unter solchen Bedingungen müsse jedoch als psychische Misshandlung gelten.

Viele der Kinder müssten Strafen von über zehn Jahre absitzen, manche gar mehr als zwanzig Jahre. Die Vergehen seien in der Regel die Beleidigung von Polizisten, das Werfen von Steinen auf "Sicherheitskräfte" oder aber das bloße Vermummen auf Demonstrationen, das als Guerilla-Symbol gewertet werde.

→ Einschätzung des Menschenrechtsvereins IHD

Auch der Menschenrechtsverein IHD äußerte sich zur Lage inhaftierter Minderjähriger. Die Kinderkommission des Vereins versucht, die Einzelfälle zu erfassen und kostenlos Rechtsbeistand zur Verfügung zu stellen. In der Türkei hat zwar von Gesetzes wegen jeder Anspruch auf einen Pflichtverteidiger, es wurde jedoch dem IHD berich-

tet, dass betroffene Kinder nach Aussagen der Polizei auf ihre Pflichtverteidigung verzichtet hätten und so ohne Beistand waren. Viele Kinder hätten angegeben, dass sie zwischen Festnahme und Ankunft im Polizeipräsidium geschlagen und stark eingeschüchtert wurden. Der in Diyarbakir festgenommene Kirk Boran etwa sei derart misshandelt worden, dass seine Kleidung blutgetränkt war. Es sei ihm gelungen, diese seinen Eltern zu schicken, die sie an den IHD weitergaben.

Während es früher zu mehr Fällen von körperlicher Folter kam, nähmen heute die psychischen Foltermethoden zu. So würden Kinder nachts zum Verhör geweckt, sexuell gedemütigt oder beschimpft. Kinder würden gemeinsam mit nicht politischen Straftätern untergebracht und seien Misshandlungen von Mithäftlingen ausgesetzt. Die Ernährungssituation sei mangelhaft. Es gebe Berichte von Fingernägeln im Essen.

→ Anwaltskammer

Auch der Vorsitzende der Anwaltskammer von Diyarbakir (*Barosu Başkanı*) Emin Aktar, kritisierte die zunehmende Inhaftierung Jugendlicher aus politischen Gründen. "Seit drei Jahren werden Minderjährige als Terroristen eingesperrt. Damit machen sich die Richter zum Werkzeug des Staates gegen die KurdInnen. Ich war vor zwei Wochen im Gefängnis, dort waren 66 Kinder, davon zwei Mädchen. Wir wissen, dass ähnlich viele in Van, Adana und Istanbul in Haft sind." Sie würden ab dem Alter von 15 Jahren wie Erwachsene behandelt, weil sie an politischen Protesten teilgenommen haben. Dennoch werde die Öffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen mit dem Argument des Jugendschutzes ausgesperrt, weil Kinder unter 18 angeblich "unter dem Schutz des Gesetzes" stünden.

Die Anwaltskammer plant eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EuGHM). Dies dauere aber sechs



→ junge sympathisanten der kurdischen partei BDP vor der parteizentrale in diyarbakir, 20.03.10



→ kurdin beim newroz-fest
in diyarbakir, 21.03.10

Jahre, weil zuerst alle nationale nRechtswege beschränkt werden müssten. Ein jetzt 15 Jahre alter Gefangener habe davon kaum etwas. "Wenn der Prozess in Straßburg vorbei ist, ist er 22," sagte Aktar.

Die Angaben von IHD und Anwaltskammer werden durch den UNICEF-Bericht "*Field Visit Report on Children Deemed to be Terrorist Offenders for Participating in Demonstrations*" von 2009 gestützt.

→ Initiative der Ärztekammer

Die Ärztekammer betrachtet die zunehmende Inhaftierung Minderjähriger wegen politischer Vergehen als "riesiges psychisches Problem

für die Jugendlichen und riesiges soziales und politisches Problem für die Kurden," sagte uns ihr Vorsitzender Dr. Adnan Selçuk Mizrakli.

Ein schriftlicher Bericht über die Zustände in dem Gefängnis wurde von einer von der Kammer zusammen gestellten Kommission verfasst und im Mai 2009 dem Parlament in Ankara übergeben. Passiert sei daraufhin "absolut nichts," sagt Mizrakli. Der Chef der rechtsextremen *Milliyetçi Hareket Partisi* (MHP), Devlet Bahçeli, habe ihnen gesagt, wer "heute Steine wirft, der nimmt morgen Waffen gegen unsere Soldaten in die Hand."

"Kinder können nicht aus politischen Gründen verurteilt werden. Kinder sind Kinder, man kann sie

nicht behandeln wie Erwachsene," sagt Mizrakli. "Das muss aufhören, sie sollen mit ihren Familien leben können."

Die Ärztekammer fordert die Entlassung der wegen politischer Vergehen einsitzenden Kinder und Jugendlichen und ein "Rehabilitationsprogramm" mit psychosozialen Elementen und einer nachholenden Schulausbildung.

Mizrakli erklärt die zunehmende Repression gegen Minderjährige mit der geänderten politischen Strategie der Kurden. "Seit etwa vier Jahren hat die kurdische Zivilgesellschaft Druck auf die Guerilla ausgeübt, damit diese ihre bewaffneten Aktionen einstellt. In dieser Zeit wurden die Aktivitäten des legalen, politischen Arms der Bewegung intensiviert."

Das habe sich in dem Wahlerfolg der inzwischen verbotenen DTP bei den Kommunalwahlen 2009 niedergeschlagen. Um dieser zivilen Konsolidierung der kurdischen Politik entgegen zu wirken, wolle die Regierung Kinder und Jugendliche durch solch drakonische Strafen abschrecken, sich in kurdischen Strukturen zu politisieren.

→ Initiative der Bildungsgewerkschaft Egitim Sen

Auch beim Besuch des Bezirksvorsitzenden der Bildungsgewerkschaft *Egitim Sen*, der türkischen Schwesterorganisation der deutschen Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Abdullah Kadaran ging es um dieses Thema.

Ein besonderes Problem sei, dass die Jugendlichen nicht beschult würden und nach ihrer Entlassung häufig den Anschluss in der Schule verloren haben, sagte Kadaran. Gemeinsam mit dem Bürgermeister der Stadt Diyarbakir arbeitet Egitim Sen an einer Initiative, um die Jugendlichen in der Haft zu beschulen. Geplant ist, den Unterricht vor allem in kurdischer Sprache stattfinden zu lassen

Teil II – Gefallene, Gefangene, Verschwundene

→ Allgemeine Einschätzung der Menschenrechtssituation

Nach Einschätzung des IHD hat die Regierung im letzten Jahr ihre Politik gegenüber der kurdischen Bevölkerung wesentlich geändert. In den 90er Jahren wurden Menschen ermordet, heute steigt dafür die Zahl der Festnahmen sehr stark an. Für geringfügige Vergehen werden unverhältnismäßige Höchststrafen verhängt, berichtet uns der IHD-Büroleiter Burhan Zorooğlu in Diyarbakir.

schehe, sei "Null Toleranz" gegen Folter nicht möglich, sagte Zorooğlu.

Beispielsweise sei der Mord an dem politisch aktiven Studenten Aydin Erdem im Winter 2009 in Diyarbakir auf einer nicht angemeldeten Demonstration nicht aufgeklärt worden, weil die potentiellen Zeugen aus Angst vor Repressionen keine Angaben machten und die am Ort der tödlichen Schüsse installierte befindliche Überwachungskamera angeblich nicht

gegen die nicht vorgegangen werde.

Etwa 50 schwerstkranke Gefangene in osttürkischen Haftanstalten würden nicht oder nicht ausreichend medizinisch versorgt oder nicht aufgrund ihres Gesundheitszustandes entlassen. So habe Amnesty International in London beispielsweise den Fall des chronisch kranken Gefangenen Nurettin aufmerksam gemacht, ohne dass eine Reaktion erfolgte (dies konnten wir bei Amnesty nicht verifizieren). Auch wurde von der Behandlung von kranken Gefangenen in Van in einer Leichenhalle berichtet.

Die Verhaftungen nähmen insgesamt zu. Vor einem Jahr waren 154 politische Gefangene in Haft, heute seien es über 1.000 allein in der Region Diyarbakir sagte Zorooğlu.

Am Mittwoch, dem Tag unserer Ankunft in Diyarbakir, wurden im rund 200 Kilometer östlich gelegenen Siirt 13 Personen festgenommen, darunter der lokale IHD-Vorsitzende und sein Stellvertreter sowie Mitglieder der kürzlich verbotenen kurdischen Partei DTP und der legalen Kurdenpartei BDP. Acht Bürgermeister und fünf IHD-Funktionäre seien in Haft, darunter der ehemalige stellvertretende IHD-Vorsitzende Muharrem Erbey, der sich insbesondere mit den 940 Verschwundenen der letzten zehn Jahre und der Ermordung von Guerillamitgliedern beschäftigte.

→ Meya-Der: Selbsthilfe für Angehörige "Verschwundener"

Bei einem Besuch erläuterte Hasan Pence, der Vorsitzende von Meya-Der (*Mezopotamya Yardımlaşma Derneği*), einer kurdischen Selbsthilfeorganisation von Kriegsofferfamilien, die Schwierigkeiten bei der Aufarbeitung der militärischen Auseinandersetzungen.

So habe der kurdisch-türkische Konflikt rund 17.500 Opfer gefor-



→ alter mann an der absperrung der hauptbühne des newroz-fests in diyarbakir, 21.03.10

Die Polizei gehe bei Demonstrationen extrem gewalttätig vor. Staatsbedienstete wie Richter verhielten sich über die Maßen staats-treu, anstatt ihre Unabhängigkeit zu wahren. Im Amt begangene Verbrechen würden nicht strafrechtlich verfolgt. Solange dies nicht ge-

funktionierte. Die Untersuchung des Todes von Ceylan Önkol, eines Mädchen aus Lice im November 2009 durch eine explodierende Rakete des Militärs dauert noch an. Dorfbewohner würden dem IHD häufig von Übergriffen der so genannten Dorfschützer berichten,

dert, deren Todesumstände bisher ungeklärt seien. In diesen Fällen wurde entweder keine Leiche gefunden, oder die Todesursache ließ sich nicht rekonstruieren. Noch immer sind viele Massengräber entweder nicht entdeckt oder nicht ausgehoben. Das türkische Militär hat sich lange heftig dagegen gewehrt, dass hier Nachforschungen angestellt werden, weil so möglicherweise Beweise für Kriegsverbrechen sicher gestellt werden könnten.

Lange war das Thema offiziell tabuisiert, jede öffentliche Auseinandersetzung damit wurde hart bestraft. 2006 organisierte das "Internationale Komitee gegen das Verschwindenlassen" (ICAD) zusammen mit dessen türkischen Sektion YAKAY-DER (*Yakınlarını Kaybeden Ailelerle Yardımlaşma ve Dayanışma Derneği*) in Diyarbakir einen großen Kongress. Damals konnten zum ersten Mal Angehörige von Verschwundenen öffentlich über ihre Erfahrungen sprechen. Einige der Organisatoren wurden im August 2007 wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer verbotenen linken türkischen Partei zu langen Haftstrafen verurteilt. Das Thema blieb jedoch auf der Tagesordnung. 2008 wurde Meya-Der gegründet.

Seitdem seien dort etwa 2.000 Anträge auf Nachforschung eingegangen, berichtete Pence. In 600 Fällen konnte der Verein die Todesursache feststellen beziehungsweise eine Leiche bergen. Zuletzt wurde am Mittwoch, dem 16. März in der Nähe der Stadt Kiziltepe südlich von Diyarbakir die Leiche eines im Jahr 1992 verschwundenen PKK-Kämpfers gefunden.

Die Identifikation der geborgenen Gebeine erfolgt häufig mit Hilfe von DNA-Tests, für die der türkische Staat auf Antrag der Angehörigen die Kosten trägt, wenn Meya-Der oder andere Organisationen die Gräber, teils Massengräber, exhumieren lassen. "Der Krieg hat 30 Jahre gedauert, fast alle Fa-

milien hier haben Opfer zu beklagen. Teils ist nur eine einzige Person übrig geblieben," sagt Pence. Mit Meya-Der wolle man einen Raum schaffen, in dem sich Hinterbliebene gegenseitig Halt geben können. Weiter gehe es vor allem darum, dass die Toten eine angemessene Grabstätte erhalten. Zur ihrer Arbeit gehöre aber auch das Bestreben um politische Aussöhnung. Hierzu habe Meya-Der 2008 eine Demonstration mit 10.000 bis 15.000 TeilnehmerInnen organisiert, bei der Angehörige gefallener PKK-KämpferInnen gemeinsam mit Angehörigen gefallener türkischer Soldaten und anderen Kriegsoptionen in Diyarbakir demonstriert hätten.

Die finanzielle Lage von Meya-Der sei prekär. Von 27 Vorstandsmitgliedern seien nur sieben in der Lage aktiv mitzuarbeiten. Alle übrigen könnten sich dies nicht leisten. Pence arbeite in den Sommermonaten als Saisonarbeiter, von diesen Einkünften lebe er den Rest des Jahres. Die Organisation hofft auf Zuwendungen der EU, um weiter Nachforschungen über die während des Krieges verschwundenen KurdInnen anstellen zu können.

Neben fehlendem Geld sei die juristische Verfolgung ein weiteres Problem. Gegen fast alle AktivistInnen von Meya-Der ermittle die türkische Justiz, in der Regel wegen angeblicher Propagandadelikte. Pence selber habe eine 30-monatige Haftstrafe abgesessen, weil er Abdullah Öcalan als "Anführer der Kurden" bezeichnet habe.

→ Tuha-Der, Selbsthilfe für die Angehörigen Gefangener

Im Anschluss berichtete Selahattin Kaya, ein Vertreter der Gefangenenhilfsorganisation Tuha-Der über seine Arbeit. "In der Türkei gibt es so viele Gefängnisse, bald reichen die Buchstaben nicht mehr," sagte er in Anspielung darauf, dass die Typen von Gefängnis-

sen derzeit mit den Buchstaben A, B, C, D, E, F, H, K, L, M und T kategorisiert werden. "Und für wen werden die gebaut? Für die Kurden!" sagte Kaya.

Den Einwand, dass auch linke Türken häufig aus politischen Gründen zu sehr langen Haftstrafen verurteilt würden, wies Kaya zurück. Seiner Ansicht nach gebe es eine Zwei-Klassen-Justiz auch im Hinblick auf politische Gefangene. Dies äußere sich unter anderem darin, dass Gnadengesuchen todkranker politischer Gefangener eher stattgegeben würde, wenn es sich um Türken handelt.

Es gebe derzeit 54 tödlich erkrankte kurdische Gefangene in türkischen Gefängnissen. Gnadengesuche würden abgelehnt. So habe im Fall des kurdischen Häftlings Nurettin Soysal ein Amtsarzt die Diagnose einer innerhalb von sechs Monaten zum Tode führenden Erkrankung bestätigt, jedoch hinzugefügt, Soysal könne dennoch weitere drei Monate in Haft bleiben. Amnesty International in London habe den Fall aufgegriffen, ohne dass eine Reaktion erfolgt sei.

Kaya schilderte, dass ein großes Problem bei der Betreuung kurdischer Gefangener sei, dass die türkische Justiz sie als Schikane systematisch in Haftanstalten über das ganze Land verteile. "So werden auch die Familien zu Opfern," sagt Kaya, denn diese könnten sich die Busfahrt in Städte an der Schwarzmeerküste oder gar im Westen des Landes nicht leisten. Ehepartner könnten sich dadurch oft jahrelang nicht sehen. Versuche von Tuha-Der, günstige Sammeltransporte zu organisieren, seien von der Justiz konterkariert worden, indem nur jeweils eine Besucherlaubnis je Tag und Anstalt erteilt werde.

Auch die finanzielle Lage von Tuha-Der sei extrem angespannt. Viele Mitglieder könnten sich den Tuha-Der Monatsbeitrag von drei türkischen Lira (1,50 Euro) nicht leisten.

Kaya selbst habe zehn Jahre in Haft gesessen. Er stamme aus dem Dorf *Koceköy* (kurd. *Karaz*) nahe Diyarbakir. In den Jahren 1990 bis 1992 habe das Militär die Einwohner zwingen wollen, "Dorfschützer", also Paramilitärs, gegen die PKK aufzustellen. Alle 75 Familien hätten sich geweigert.

Kaya selbst sei zunächst öffentlich auf dem Dorfplatz, später in einem Gefängnis gefoltert worden. Die Repression sei irgendwann "nicht mehr zu ertragen" gewesen, ausnahmslos alle Männer und Frauen des Dorfes seien gefoltert worden. Am 27. Dezember 1992 habe das Militär das Dorf schließlich niedergebrannt. Kaya habe sich daraufhin der PKK angeschlossen. Sein Bruder, der es vorgezogen habe nach Diyarbakir zu fliehen, sei hier von türkischen "Sicherheitskräften" erschossen worden. 1994 sei Kaya in Izmir verhaftet worden, als er sich in ärztliche Behandlung begeben musste. Man habe ihn 37 Tage lang schwer gefoltert, bis er mit verbundenen Augen ein ihm unbekanntes Geständnis unterschrieben habe.

Das Gericht habe dies jedoch nicht gegen ihn verwenden wollen, wenn er bekenne, dass er "bereit, dass es die PKK gibt, weil nur durch die PKK mein Dorf niedergebrannt wurde, es Krieg gibt und ich gefoltert wurde". Er habe geantwortet, dass er kein Angehöriger der PKK sei, sich der Organisation aber angeschlossen hätte, wenn er gewusst hätte, dass der Staat ihn derartig foltern würde. Dies habe er bei mehreren Gerichtsterminen wiederholt, bis er schließlich zu der zehnjährigen Haftstrafe verurteilt wurde.

Kaya bekräftigte dies mit den Worten: "Vor der Organisation" – gemeint ist die PKK – "waren wir blind, wir konnten nicht lesen und schreiben, unsere Frauen durften keine drei Schritte vor die Tür machen. Wir kannten uns selbst nicht. Sie hat uns Augen und Ohren geöffnet, und uns zu dem gemacht, was wir heute sind."



→ Besucherlaubnis für das Gefängnis nicht erteilt

In den letzten Monaten wurden führende Politiker der DTP und Aktivisten des Menschenrechtsvereins IHD festgenommen und sitzen seither im Gefängnis von Diyarbakir in Haft. Unter ihnen sind Muharram Erbey, der stellv. Vorsitzende des IHD, Firat Anli, Vorsitzender der DTP, Kamuran Yükses, stellv. Vorsitzender der DTP, Bayram Altun, stellv. Vorsitzender DTP und Abdullah Demirbas, Bürgermeister der Stadt Sur. Sie haben bisher keinen Besuch von ausländischen Beobachtern empfangen dürfe.

Um zu ihnen gelassen zu werden, sandten wir vorab ein entsprechendes Gesuch an die Rechts- und Konsularabteilung der deutschen Botschaft in Ankara und die Rechts- und Presseabteilung der türkischen Botschaft in Berlin, mit der Bitte, das Schreiben an das türkische Justizministerium weiterzuleiten. Die türkische Presseabteilung stellte Rückfragen über Zusammensetzung und Hintergrund unserer Gruppe und leitete das Gesuch an die Staatsanwaltschaft in Diyarbakir weiter. Dort gibt es ein Büro für Menschenrechtsangelegenheiten und "Verschwundene", dessen Mitarbeiter auch für unseren Antrag zuständig war.

Als wir es am Donnerstag aufsuchten, hatte der Mitarbeiter bereits eine übersetzte

Zusammenfassung unseres an die Presseabteilung eingereichten Gesuchs vom Staatsgouverneur bekommen. Der wiederum hatte das Schreiben von der Presseinformationsstelle des Regierungspräsidiums in Ankara erhalten.

Das "Menschenrechtsbüro" behauptete, uns nicht helfen zu können, weil die Genehmigung des Justizministeriums noch nicht vorläge. Wir überzeugten den Mitarbeiter, dort anzurufen und nachzufragen, obwohl dies nach seinen Angaben "außerhalb seiner Zuständigkeit" läge. Als er es dennoch tat, sagte das Justizministerium, das Gesuch sei noch nicht dort eingegangen. Man empfahl uns, die deutsche Botschaft zu bitten, mit dem Außen- und dem Justizministerium zu sprechen.

Laut der deutschen Botschaft hat der Leiter der Rechts- und Konsularabteilung unser Gesuch mit einer "Verbalnote" (Nr. 5074) direkt dem Außenministerium überbringen lassen. Es ging dort bereits am 15. März ein. Zu dem Umstand, dass das Gesuch laut Staatsanwaltschaft trotzdem nicht an das Justizministerium weitergeleitet wurde, wollte sich der Abteilungsleiter später nicht äußern. Es bestehe ohnehin kein Rechtsanspruch auf eine Besucherlaubnis, sagte er uns. Der türkische Staat sei lediglich verpflichtet, den Menschenrechtskommissar des Europarats Besuche zu ermöglichen.

Teil III – Verfolgung von Journalisten

→ Anklage gegen den Journalisten Vedat Kursun

Am Donnerstag, dem 18. März, beriet der Hohe Strafgerichtshof in Diyarbakir zum vierten Mal über den Fall des kurdischen Journalisten Vedat Kursun, der für 525 Jahre ins Gefängnis soll. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, als Chefredakteur der kurdischsprachigen Tageszeitung Azadiya Welat ("Freiheit des Vaterlandes") Propaganda für die PKK betrieben zu haben.

In der Anklageschrift sind 103 Ausgaben von Azadiya Welat aus den Jahren 2007 und 2008 aufgeführt. Bereits die Nennung der Begriffe "Kurdistan" und "Guerilla" soll nach Ansicht der Justiz gegen das türkische Anti-Terror-Recht verstoßen. Auch die Bezeichnung des PKK-Gründers Abdullah Öcalan als "Anführer der Kurden", die Verbreitung von Erklärungen führenden PKK-ler oder Traueranzeigen für gefallene kurdische Kämpfer sind Gegenstand der Anklage. Seit Januar 2009 sitzt der 34-jährige gelernte Fernsehtechniker in Untersuchungshaft.

Beim Prozess nahm der Staatsanwalt neben den Richtern an deren Tisch Platz. Kursun selbst durfte jedoch nicht bei seinen Anwälten sitzen. Von zwei Soldaten bewacht konnte er in der gegenüberliegenden Ecke des Saales verfolgen, wie das Gericht nach nur wenigen Minuten den Fortgang der Verhandlung auf den 6. Mai vertagte. Dann soll ein Urteil fallen.

Azadiya Welat ist die einzige Tageszeitung in der Türkei, die in kurdischer Sprache erscheint. Nach Angaben des derzeitigen Chefredakteurs Eser Ugansiz erreicht sie eine Auflage von 15.000 Exemplaren, die in der Osttürkei und den großen Städten des Westens auf der Straße verkauft werden. Für den Vertrieb am Kiosk ist die Auflage zu gering.

Wie praktisch jedes kurdische Medium betrachtet der türkische Staat die Zeitung vor allem als Sprachrohr der PKK. "Wir sind nur ein Sprachrohr des kurdischen Volkes," sagt Ugansiz dazu. Mit Anklagen wie der gegen Kursun wolle die Regierung die Kurden zwingen

"ihre Sprachmuster zu übernehmen. Aber wir lassen uns nicht vorschreiben, wie wir zu sprechen haben."

Seitdem die Zeitung 2006 begann, täglich zu erscheinen, wurde sie fünf Mal für bis zu einen Monat geschlossen. Der Vorwurf war stets der gleiche: "Werbung für eine verbotene Organisation". Ugansiz ist der fünfte Chefredakteur. Der erste floh nach einer Verurteilung in die Schweiz. Seine Nachfolgerin Emire Demir ist wegen Propagandadelikten in 80 Fällen angeklagt. Noch läuft das Verfahren, Demir ist auf freiem Fuß. Ugansiz' Vorgänger, Ozan Kilinc produzierte im Juni 2009 nur zwölf Ausgaben von Azadiya Welat. Er wurde am 9. Februar diesen Jahres zu 21 Jahren Haft verurteilt und sitzt im Gefängnis.

Der im Gefängnis an Hepatitis B erkrankte Journalist Kurşun hat zwei Jahre für die kurdische Nachrichtenagentur DIHA gearbeitet, bevor er 2007 zu Azadiya Welat kam. Als der Journalist 2009 versuchte, nach Europa zu fliehen, wurde er am Flughafen von Istanbul verhaftet. Sein Nachfolger hat für ihn wenig Hoffnung. "Der wird nicht wieder freikommen", fürchtet Ugansiz. Im Moment sei die Lage für kurdische Publizisten "so schlimm wie noch nie". Fast jeder veröffentlichte Artikel und Foto werde als Straftat gewertet. "Deshalb sind wir gezwungen, die Verantwortlichen der Zeitung ständig auszutauschen," sagt Ugansiz. Dennoch wolle die Redaktion auch dann "genau so weitermachen, wie bisher", wenn Kursun tatsächlich zu der Rekord-Strafe verurteilt wird. Ugansiz selbst rechnet damit, mittelfristig ebenfalls nach Westeuropa fliehen zu müssen.

Mit der Pressefreiheit in der Türkei gebe es "riesige Probleme," sagt auch Erol Önderoğlu, der Türkei-Vertreter von Reporter ohne Gren-



→ vedat kursun

zen. Der Fall Kursun und Azadiya Welat sei nur die Spitze des Eisbergs. "Der Staat kämpft gegen die Meinungsfreiheit, wo er kann." Die Zeitung habe "Sympathien" für Öczalan geäußert und ihn als "Führer der Kurden" bezeichnet. Das rechtfertige jedoch keinesfalls solche drakonischen Strafen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EuGHM) habe eindeutig entschieden: Nur "Hate Speech", zu deutsch etwa Aufstachelung zum Hass gegen eine Bevölkerungsgruppe oder der Aufruf zur Gewalt dürften verboten werden. Der EuGHM habe immer wieder festgestellt, dass die Türkei mit der weiten Interpretation ihres Anti-Terror-Rechts diese Regel verletze, sagt Önderoglu.

→ Verhaftung einer weiteren Journalistin, Verurteilung eines Verlegers

Laut dem Azadiya Welat-Chefredakteur Eser Uyansiz, wurde am



→ das total zivile team des kurdischen senders roj-tv auf der pressetribüne des newroz-fests in diyarbakir, 21.03.10

Tag der Verhandlung gegen Kursun auch die 21-jährige kurdische Journalistin Gurbet Cakar verhaftet. Sie sei auf dem Weg zur Gerichtsverhandlung verhaftet worden, berichte Uyansiz. Cakar arbeite als Redakteurin der Frauenzeitschrift "*Herwiya Jine*". Nach ihrer Festnahme sei sie von Polizisten geschlagen und in das "E"-Typ Gefängnis von Diy-

arbakir gebracht worden.

Am nächsten Tag sei der Verlegere Bedri Adnir vom Verlag "Aram Publishing" in Istanbul zu 80 Jahren Haft verurteilt worden. Adnir habe Bücher des PKK-Gründers Abdullah Öcalan verlegt, darauf dessen Foto gedruckt und ihn als "Herr Öcalan" statt als "Terroristen" bezeichnet.

Teil IV – Politische Organisierung und Repression

→ Einschätzung des Anwaltsvereins

Nach Ansicht des Vorsitzenden der Anwaltskammer von Diyarbakir (*Barosu Başkanı*) Emin Aktar, habe die Regierung seit den Erfolgen der DTP bei den Kommunalwahlen am 14. April 2009 "eine neue Strategie der Repression" eingeschlagen. Die sei geschehen, obwohl die PKK am Vortag der Wahlen zum wiederholten Mal einen Waffenstillstand erklärt habe. Die türkische Regierung weigere sich mit den organisierten KurdInnen zu verhandeln. "Sie zieht es seit jeher vor, Probleme nicht durch Dialog zu lösen, sondern eigenmächtig zu entscheiden und dies dann gegen alle Widerstände durchzusetzen." Mit dieser "traditionellen Methode" sei sie auch gegen DTP-PolitikerInnen vorgegangen. "Das kurdische Pro-

blem ist ein juristisches Problem," sagte Aktar.

Die Bewegung habe dem Separatismus abgeschworen. "Wir wollen die derzeitigen Grenzen des türkischen Staates nicht verändern". Von den türkischen Bestrebungen um eine Aufnahme in die EU habe sie nicht profitiert. "Am Anfang der EU-Annäherung waren wir sehr optimistisch, dass dies die Rechte der KurdInnen befördern würde. Jetzt sind wir das nicht mehr. Es hat uns nichts genützt," sagte Aktar.

Noch immer gehe der türkische Staat "mit schmutzigen Mitteln gegen KurdInnen vor". Stattdessen müsse er seine Verantwortung für die Entvölkerung und Verbrennung kurdischer Dörfer, extralegale Tötungen und "Verschwindenlassen" anerkennen.

→ Bürgermeister von Diyarbakir unter Arrest

Der Oberbürgermeister von Diyarbakir, Osman Baydemir, ist seit dem 19. Januar 2010 mit einem Reiseverbot belegt worden. Das Verbot sei "zeitlich unbegrenzt" ausgesprochen worden, berichtete uns Baydemir bei einem Empfang im Rathaus. Er könne deshalb nicht an internationalen Konferenzen teilnehmen oder im Ausland um Unterstützung für die Region Diyarbakir werben.

Insgesamt stehe die von der pro-kurdischen BDP dominierte Stadtverwaltung unter starkem politischen und juristischen Druck. "1.500 unserer Leute sitzen im Gefängnis," klagte Baydemir. Über die genauen Gründe, warum Staatsanwaltschaft und – mittelbar – der AKP-treue Provinzgouverneur die Festnahmen veranlasst haben, herr-



sche Unklarheit. Baydemir selbst sei nach dem Verbot der DTP im Januar fünf Stunden lang verhört worden. Die Staatsanwaltschaft habe ihm unter anderem die Durchführung von Fortbildungsveranstaltung für Parteimitglieder und die Organisation von Lokalkonferenzen der Partei vorgeworfen. "Das tut jede Partei der Welt, ich sehe nicht, wie wir uns da schuldig gemacht haben sollten," sagte Baydemir.

Er rechne mit weiter anhaltenden juristischen Repressionen und habe mittlerweile den Überblick verloren, wie viele Verfahren gegen ihn anhängig seien. Mittlerweile habe es nach seiner Schätzung "etwa 1.000" politisch motivierte Anzeigen gegen ihn gegeben. "Ich habe in den letzten Jahren die meiste Zeit in Justizgebäuden verbracht. Meine Freunde machen sich immer über mich lustig, sie fragen mich, ob ich Jura studiert habe, um mich selbst zu verteidigen."

Er habe Briefe erhalten, in denen ihm vorhergesagt werde, dass er von der PKK erschossen würde. "Aber warum sollten die das tun?" Er halte es vielmehr für vorstellbar, dass ein Attentat gegen ihn verübt werde, um dies anschließend der PKK in die Schuhe zu schieben. "Wenn ein mit über 60 Prozent der Stimmen demokratisch gewählter Bürgermeister einer anderen Stadt

so verfolgt würde, dann wäre die Welt nicht still," sagte Baydemir. Er erklärte sich die Tatenlosigkeit der europäischen Staaten im Hinblick auf die kurdische Frage damit, dass der türkische Staat es verstanden habe "das Kurdenproblem als Terrorproblem hinzustellen". Weil sich die EU in erster Linie auf offizielle türkische Stellen als Quellen verlasse, gelte ihr automatisch jeder, der sich für die Rechte der Kurden einsetze, als Terrorist. Bekämen die Kurden denen der Basken oder Katalanen vergleichbare Autonomie-rechte "dann gäbe es keine einzige Schießerei".

Baydemir berichtete, sich im vergangenen Jahr zur Vorbereitung einer Städtepartnerschaft mit dem hannoverschen Oberbürgermeister Stephan Weil getroffen und warte seitdem auf eine Antwort. Zwei Delegationsmitgliederinnen berichteten ihm, vor ihrer Abreise ebenfalls bei Weil gewesen zu sein, der ihnen mitgeteilt hätte, seinerseits auf eine Antwort aus Diyarbakir zu warten.

Baydemir sagte, beim Newroz-Fest am Sonntag "überhaupt keine negativen Zwischenfälle, sondern friedliche Feierlichkeiten" zu erwarten. Er bedankte sich, dass wir bei dem Fest zu Gast sein würden, um ihre "Hoffnung auf Frieden und Fortschritt zu teilen" und sagte, dass Newroz "Neuanfang" bedeute.

→ Leyla Zana erneut zu zwölf Jahre Haft verurteilt

Der ehemaligen Abgeordneten einer mittlerweile verbotenen DTP-Vorgängerpartei, Leyla Zana, droht erneut eine zwölfjährige Haftstrafe. Dies berichtete sie uns bei einem Treffen am Samstag-nachmittag in der Zentrale der BDP in Diyarbakir. Sie hatte bis 2004 zehn Jahre im Gefängnis gesessen, weil sie in der türkischen Nationalversammlung ihrem Amtseid den kurdischen Satz hinzugefügt hatte: „Ich werde mich dafür einsetzen, dass das kurdische und das türkische Volk zusammen in einem demokratischen Rahmen leben können.“ Dafür und weil sie sich in anderen Reden für die kurdische Selbstbestimmung eingesetzt hatte, wurde von der Staatsanwaltschaft zunächst sogar die Todesstrafe für sie gefordert. 1993 sei über sie ein politisches Betätigungsverbot verhängt worden, seit ihrer Entlassung aus dem Gefängnis darf sie weder Mitglied einer Partei werden noch für eine solche sprechen. Sie dürfe nicht einmal einem Verein beitreten. Im Gegensatz zu dem Bürgermeister Baydemir darf Zana aber reisen und das Land verlassen.

Nun wurde sie erneut zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Rechtsmittel dagegen laufen, doch mit dem Verfahren umzugehen sei schwierig. "Es wird keine Gerichtsverhandlung geben, wir müssen ahnungslos warten, bis das oberste Gericht hinter verschlossenen Türen entscheidet. Mehr können wir nicht tun," sagte Zana.

Die Strafe sei mit einem Redebeitrag beim Newroz-Fest 2007 in Diyarbakir, "vier bis fünf Redebeiträgen bei Wahlveranstaltungen" und einer angeblichen DTP-Mitgliedschaft begründet. Allein hierfür soll sie für fünf Jahre ins Gefängnis. "Obwohl ich nicht DTP-Mitglied bin, wurde ich deshalb nochmal zu fünf Jahren verurteilt, das ist mir unerklärlich," sagte

Zana. Bei den inkriminierten Redebeiträgen habe sie gesagt, dass es ein kurdisches Volk gebe und dass dieses für seine Rechte kämpfen werde. "Das kurdische Volk gibt es aber laut türkischem Gesetz nicht. Ich sage den Richtern, wenn die Gesetze mich als Volk akzeptieren würden, dann würde ich mich nicht wehren, aber die Gesetze verleugnen uns ja. Die Richter sind manchmal sehr traurig und sagen, 'es tut auch uns sehr leid, wir wollen Sie hier auch nicht immer sehen', aber das Gesetz gibt uns keine andere Möglichkeit."

Auf dem Newroz-Fest am Sonntag in Diyarbakir sprach Zana als Hauptrednerin vor mehr als 700.000 Menschen. In einer 20-minütigen Rede rief sie die Menge dazu auf, in Kampf um Selbstbestimmung für das kurdische Volk nicht nachzulassen.

Zana macht vor allem die Verfassung, die die Generäle nach dem Putsch 1983 installiert haben, hierfür verantwortlich. "Darin steht nichts von Vielfalt der Völker oder Menschenrechten, sondern nur von der Macht des Militärs. Wenn unsere Kinder morgens in die Schule gehen, müssen sie immer noch jeden Morgen sagen: 'Wir sind stolze Türken.'" Auf diese Weise versuche der türkische Staat weiter, die KurdInnen zum Türkentum zu assimilieren.



→ leyla zana

Für die Lage der KurdInnen dürfe man aber nicht allein den türkischen Staat kritisieren. "Die Türkei alleine ist nicht Schuld an der Lage der Kurden, die ganze Welt verleugnet uns und betrachtet und als Terroristen und Verbrecher. Das ist ungerecht, und solange die Welt diese Ansicht nicht ändert, können wir nicht zum Frieden kommen."

Zana schwebt vor, das kurdische Volk türkeiweit einmal im Jahr in einem Referendum darüber abstimmen zu lassen, ob es einen eigenen Staat wolle. Auch Deutschland sei Schuld an der derzeitigen Lage der KurdInnen. "Wenn Deutschland damals Öczalan aufgenommen hätte, dann könnten wir uns heute in einer ganz anderen Lage unter-

halten." Schließlich wies sie darauf hin, dass die PKK in den letzten Jahren mehrfach einseitige Waffenstillstände erklärt habe, die von der Türkei aber nicht erwidert worden seien.

→ Massenhaft Lokalpolitiker im Gefängnis

Ähnlich der Stadtverwaltung leidet auch die DTP-Nachfolgepartei BDP (*Barış ve Demokrasi Partisi; Partei des Friedens und der Demokratie*) unter einer Welle juristischer Verfolgung. Der Regionalverbandsvorsitzende Cafer Kan berichtet, dass sich unter den seit 2009 verhafteten 1.500 politischen Aktivisten zwölf Bürgermeister, fünf Vorstandsmitglieder und rund 20 DTP-Ortsvereinsvorsitzende befunden haben. "Der Großteil" der übrigen Inhaftierten seien Unterstützer oder einfache Parteimitglieder gewesen. Auch Firat Anle und Kamuran Yuksek, der Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende des DTP-Bezirks Diyarbakir sind in Haft.

Kan selbst hat zwölf Jahre im Gefängnis gesessen. Seit neun Monaten ist er auf freiem Fuß und in der BDP organisiert. In dieser Zeit seien drei Anzeigen wegen ideeller Unterstützung für die PKK gegen ihn gestellt worden. Am 26. März sei ein erster Prozesstermin angesetzt. Gegen seinen ebenfalls ange-



→ cafer kan

klagten Vorgänger habe die Staatsanwaltschaft eine Haftstrafe von 15 Jahren und drei Monate wegen einer einzigen Rede beantragt.

In der Türkei liege es im Ermessen der Staatsanwaltschaft, gewählten PolitikerInnen die parlamentarische Immunität zu entziehen. Faktisch werde davon besonders häufig bei kurdischen PolitikerInnen Gebrauch gemacht. Hinzu komme, dass bei Verurteilungen oft ein politisches Betätigungsverbot ausgesprochen werde.

Der Repressionsgrad erklärt sich nach Darstellung von Kan im Wesentlichen durch die breite Verankerung der BDP in der kurdischen Bevölkerung. Sie stelle eine 21-köpfige Fraktion in der türkischen Nationalversammlung, in fast 100 Städten stelle sie den Bürgermeister, habe Unterstützung von Millionen Menschen im Volk. Die Partei organisiere in 126 Städten die Newroz-Feierlichkeiten, zu denen sie insgesamt über 4,5 Millionen TeilnehmerInnen erwarte. Das DTP-Verbot habe der Partei "tägliche Schwierigkeiten" bereitet, aber auch neue AktivistInnen beschert. So hätten sich etwa 5.000 Freiwillige an den Newroz-Vorbereitungen beteiligt. Die mit den mehrfachen Parteiverboten einhergehenden Beschlagnahmungen könne man inzwischen besser handhaben. "Wir haben sehr viel Erfahrung gesammelt. Was ihr hier seht, das gehört uns gar nicht."

Die kurdische Bewegung leide an drei verschiedenen Formen der Repression: Erstens seien dies die eigenen, internen Schwierigkeiten, vor allem Defizite beim innerkurdischen Demokratisierungsprozess, die die politische Organisation schwer machten. Hinzu kommen die Unterdrückung durch den türkischen Staat und die Verfolgung oder Gleichgültigkeit des Auslands.

Kan stellte heraus, dass die kurdische Bewegung viel erreicht habe, etwa auf dem Gebiete der Frauenentwicklung. So hat die DTP in

ihrer Satzung festgelegt, dass es stets eine gemischtgeschlechtliche Doppelspitze geben muss. Dem steht allerdings das türkische Parteiengesetz entgegen, dass nur eine/n Vorsitzende/n vorsehe.

→ DTK – Alternativer Regionalkongress der kurdischen Bewegung

2004 gründeten verschiedene kurdische Organisationen den DTK (*Demokratik Toplum Kongresi*, "Demokratischer Gesellschaftskongress"), eine Art alternatives Regionalparlament. Auf diese Weise soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den KurdInnen im Iran, Irak und Syrien gefestigt werden. Zum anderen soll eine regionalpolitische Struktur jenseits der AKP-treuen Provinzgouverneure in der Osttürkei entstehen. Der DTK geht zurück auf das 2005 von Öcalan im Gefängnis von İmralı entwickelte Modell des "demokratischen Konföderalismus", der das Ziel einer neuen, "dritten Phase" der kurdischen Politik ist. Es ist angelehnt an den US-Anarchisten Michael Bookchin.

Es soll eine demokratisch-ökologische Zivilgesellschaft im Nahen Osten schaffen, die keine Staatsgründung zum Ziel hat, sondern die Abschaffung des Staates und aller Hierarchien. Angestrebt wird dabei nicht eine kurdische Eigenstaatlichkeit und auch keine Konföderation von Teilstaaten, sondern der Aufbau einer Selbstverwaltung durch kommunale Basisorganisation und ohne die bestehenden Staatsgrenzen in Frage zu stellen.

Am Samstag trafen wir die DTK-Vorsitzende und Mitgründerin Yüksel Genc. Sie ist zusammen mit Hatip Dicle der Vorstand des DTK, da der Vorstand satzungsgemäß immer mit einem Mann und einer Frau zu besetzen ist. Dicle wurde vor kurzem wieder verhaftet, so dass Genc die Arbeit beider Vorsitzender derzeit allein bewältigen muss. Die 37-jährige war fünf Jahre

in den Bergen und kehrte von dort nach einem Aufruf Öcalans mit sieben anderen Kämpfer_innen als "Friedensbotschafterin" aus den Bergen 1999 zurück nach Diyarbakir. Dort jedoch wurden sie jedoch nicht als Friedensbotschafter in Empfang genommen, sondern für fünf Jahre und zwei Monate im Gefängnis von Mus inhaftiert. Die dort gefangenen Frauen waren in der PJAK (Partei für ein Freies Leben in Kurdistan/Partiya Jiyana Azad a Kurdistanê, der militanten iranischen Schwesterorganisation der PKK) und der PJA (Partiya Jina Azad – Partei der Freien Frau) organisiert. Im Gefängnis trafen sie sich wieder und organisierten sich neu. Daraus entstand später die „Demokratische Freie Frauenbewe-



gung“ DÖHK. Nach ihrer Entlassung vor fünf Jahren arbeite Genc als Journalistin für die Zeitung "Gündem".

Am DTK seien etwa 800 Delegierte aus der Wirtschaft, sozialen Organisationen, Menschenrechtsvertretern, Politik und Angehörigen ethnischer Minderheiten beteiligt. Letzteres sei dem DTK besonders wichtig, weil den KurdInnen oft vorgeworfen wird, sich nur für ihre eigenen Rechte einzusetzen. Derzeit beschäftigt sich der DTK mit Vorschlägen zur Änderung der türkischen Verfassung und der ökonomischen Situation in der Osttürkei.

→ Repression gegen Lehrer

Nach Angaben des Gewerkschafters Kadaran müssen kurdische LehrerInnen weiter mit disziplinarischen Maßnahmen rechnen, wenn sie sich politisch betätigen. Er selber habe mittlerweile rund 30 Anzeigen erhalten. Eine sei von einem Militär gestellt worden, weil Kadaran eine Presseerklärung veröffentlicht hatte, dass der Militär einen Schüler geschlagen hatte, der mit dessen Sohn in Streit geraten war. Es gebe derzeit zehn Verfahren für Berufsverbote wegen politischer Aktivitäten gegen kurdische LehrerInnen. Schon die Teilnahme am Newroz-Fest reicht laut Kadaran aus. Strafversetzungen werden nach einem EUGHMR nur noch innerhalb eines Bezirks durchgeführt. Neue Inhaftierungen gebe es nicht.

FRAUENPROJEKTE

→ KADEM – Frauenzentrum in Diyarbakir/Sur

„Die schwierigste Aufgabe ist die Frauen überhaupt aus ihren Häusern zu holen“

Am Vormittag besuchten wir das KADEM – Frauenzentrum in der größtenteils von kurdischen Flüchtlingsfamilien bewohnten Altstadt von Diyarbakir. Laut der Vorsitzen-

den sind häusliche Gewalt und existenzielle Probleme besonders dort weit verbreitet.

Die Angebote von KADEM wurden im Vorfeld von den Mitarbeiterinnen auf die Bedürfnisse und Nöte der Frauen ausgerichtet. Der Zugang sollte möglichst niedrigschwellig sein und auf eine breite Akzeptanz der BewohnerInnen des Stadtteils stoßen. Das Projekt ist erst vor knapp einem Jahr mit Hilfe des mittlerweile inhaftierten Bezirksbürgermeisters Abdullah Demirbas und der BDP Kommunalverwaltung eröffnet worden. Auf engstem Raum finden hier Alphabetisierungsklassen, Ausbildungen zur Schneiderin oder zur Köchin sowie juristische und psychologische Beratungsgespräche statt. Zu den Kursen können die Frauen ihre Kinder mitbringen, die parallel betreut werden, was eine Teilnahme den Frauen erst ermöglicht.

Bislang konnten 80 Teilnehmerinnen Zertifikate erwerben und sind so in der Lage ihre Familien zu finanzieren oder eigenständig zu leben. Durch das große Interesse besteht Bedarf, die Projekte fortzusetzen und zu erweitern (Computerkurse und Ausbildung zur Friseurin). Die Finanzierung für die Fortführung der Projekte ist nicht gesichert, da die Kommune vom Gouverneur der Region keinerlei Unterstützung erwarten kann. Trotz der unklaren Situation sind die

Mitarbeiterinnen bereit, auch unentgeltlich weiterzuarbeiten.

→ DIKASUM – Einrichtung für kriegstraumatisierte Frauen

„In diesem Gebiet als Mensch zu leben ist schwer, aber als Frau ist es doppelt so schwer“

Die Einrichtung wurde 2001 durch aktive Selbstorganisation von Frauen der DÖKH (Demokratische Freie Frauenbewegung) ins Leben gerufen. Damals gab es viele Hilfe suchende Frauen, die entweder selber oder deren Angehörige durch Übergriffe des Militärs und der Polizei betroffen oder getötet wurden und unter Armut, Vertreibung und häuslicher Gewalt litten.

Um zunächst Kontakte und Austausch untereinander zu ermöglichen wurden drei Waschküchen mit Waschmaschinen eingerichtet, berichtet die Hauptverantwortliche Özlem Özen. So konnten hier die Frauen Erleichterung bei der Hausarbeit bekommen, zum Anderen war der Ort ein geschützter Anlaufpunkt.

Es gibt Räume, in denen die Kinder nach einem gewaltpräventiven pädagogischen Ansatz betreut werden. Nach und nach wurden auch soziale, psychologische und juristische Beratungsangebote integriert, um über Probleme, Sorgen und Nöte sprechen zu können und Hilfen zu vermitteln. Da der Grossteil der Frauen nur Kurdisch spricht, werden die Angebote muttersprachlich umgesetzt, was bis dahin neu war. Für Frauen, die unerträglichen Gefährdungssituationen ausgesetzt sind, wurde 2008 ein Frauenhaus mit 12 Plätzen eröffnet. Finanziert wird das Projekt von der linken, prokurdischen Partei des Friedens und der Demokratie (BDP), die im Osten der Türkei die meisten Kommunalverwaltungen stellt. Nach 15 Minuten mussten wir wegen Termindruck ärgerlicherweise das Büro von Özlem Özen schnell verlassen.



→ die KADEM-geschäftsführerin

















[Suche](#) [Aktuelle Ticker](#) [Bestellungen](#) [Hilfe](#) [Homepage](#) ?

[Arbeitsliste](#): 821 Einträge

[Nächste Meldung](#) [Vorige Meldung](#) [Letzte Meldung](#) [Erste Meldung](#) [Übersicht](#)

REU7266 OVR 3 GERT GEA OE SWI GEG TR MEAST EMRG rtr
LDE62K0A4 über rtr vom 21.03.10 16:05:12

TÜRKEI/PKK (INTERVIEW)

INTERVIEW-PKK droht mit Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes

INTERVIEW-PKK droht mit Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes

Akojan/Irak, 21. Mär (Reuters) - Die kurdische Untergrundorganisation **PKK** hat mit der Wiederaufnahme ihres bewaffneten Kampfes in der Türkei gedroht. Das Verbot der wichtigsten Kurden-Partei habe die Basis für eine politische Lösung zerstört, sagte Murat Karayilan, Stellvertreter des inhaftierten **PKK**-Chefs Abdullah Öcalan, am Sonntag in einem Reuters-Interview. "Die Kurden werden zum Krieg gezwungen." Falls sich nichts ändere, werde die Gruppe Ende April oder Anfang Mai wieder zu den Waffen greifen.

Das türkische Verfassungsgericht hatte die Partei für eine Demokratische Gesellschaft (DTP) im Dezember mit der Begründung verboten, sie habe Verbindungen zur **PKK**. Die Türkei, die USA und die Europäische Union (EU) stufen die **PKK** als terroristische Organisation ein. Karayilan, der die Gruppe in Öcalans Abwesenheit leitet, sagte, die **PKK** rechne nach der Schneeschmelze mit einem Vormarsch des türkischen Militärs in den Bergen Nordiraks. Die Aufständischen nutzen die Gegend als Rückzugsgebiet. "Wenn der türkische Staat an seinem militärischen Vorgehen und seinem Druck auf politische Akteure festhält, dann kann es keinen andauernden Frieden geben", warnte der Kurden-Führer. "Wir werden diesen Angriffen nicht aus dem Weg gehen, das Frühjahr kann daher kompliziert und unruhig werden."

Nach Karayilans Angaben hat die Gruppe derzeit 7000 Kämpfer, mehr als die Hälfte von ihnen leben im Norden des Irak. Die **PKK** hatte im April des vergangenen Jahres angekündigt, für unbestimmte Zeit die Waffen niederzulegen - außer, wenn sie angegriffen werde.

Die **PKK** kämpft seit 1984 gegen den türkischen Staat. In dem Konflikt kamen bislang mehr als 40.000 Menschen ums Leben. Die ursprüngliche Forderung nach einem unabhängigen Kurdenstaat hat die Gruppe inzwischen aufgegeben. Sie tritt ein für mehr kulturelle Rechte wie lokale Selbstverwaltungen. Knapp jeder Fünfte der 72 Millionen Türken ist Kurde.

(Reporter: Ayla Jean Yackley; bearbeitet von Sebastian Engel; redigiert von Andreas Kenner)

Export:

[Editor Text](#)

[Textverarbeitung](#)

[Einfaches HTML](#)

[Redaktions-Text](#)

[Druckversion](#)

[In Liste](#)

Kampfparolen zum Neujahrsfest

TÜRKEI In Diyarbakir versammeln sich hunderttausende Kurden zu den traditionellen Newroz-Feiern. Kurdische Exabgeordnete Leyla Zana mahnt Selbstbestimmungsrecht an



Kurden begehen das Neujahrsfest am Sonntag in Diyarbakir Foto: ap

AUS DIYABAKIR CHRISTIAN JAKOB

Über eine Million Kurden haben am Sonntag im Südosten der Türkei das Neujahrsfest Newroz begangen. In der Provinzhauptstadt Diyarbakir versammelten sich mehrere hunderttausend Menschen. Anders als in den Vorjahren hielt sich das Militär bis zum Nachmittag zurück. Polizisten bewachten nur die Zufahrtsstraßen zum Festgelände im Süden der Stadt, ließen die Feiern aber ungehindert passieren. Hauptrednerin war die ehemalige kurdische Abgeordnete

Leyla Zana. „Das kurdische Volk hat viele Wunden“, rief die von der türkischen Justiz mit einem lebenslangen Betätigungsverbot belegte Politikerin auf Kurdisch. Sie forderte die Feiernden auf, im Kampf für Selbstbestimmungsrechte nicht nachzulassen. Tausende jubelten ihr zu und schwenkten Fahnen der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK und Fotos des inhaftierten PKK-Gründers Abdullah Öcalan.

Zana hatte bis 2004 zehn Jahre im Gefängnis gesessen, weil sie in der türkischen Nationalversammlung ihren Amtseid in

„Das kurdische Volk hat viele Wunden“

KURDENPOLITIKERIN LEYLA ZANA

der lange Zeit verbotenen kurdischen Sprache geleistet hatte. Wegen mehrerer politischer Auftritte in den vergangenen Jahren droht ihr nach eigenen Angaben nun erneut eine zwölfjährige Haftstrafe.

Der mit einem Reiseverbot belegte Bürgermeister von Diyaba-

kir, Osman Baydemir, äußert die Hoffnung auf eine Entspannung in der Region. „Newroz heißt Aufbruch“, sagte er. Auch gegen den Politiker der prokurdischen Partei BDP sind Verfahren anhängig, weil er die PKK ideell unterstützt haben soll.

Bei den Newroz-Feiern in den vergangenen Jahren gab es immer wieder schwere Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten. Zuletzt starben dabei 2008 zwei junge Kurden. Das Newroz-Fest wird vom türkischen Staat als Symbol für die kurdischen Autonomiebestrebungen betrachtet. Auch in diesem Jahr waren Zusammenstöße erwartet worden.

Die Lage im Südosten der Türkei ist angespannt, seitdem die Regierung in Ankara die Kurdenpartei DTP im Dezember 2009 hatte verbieten und über 1.500 Mandatsträger, Funktionäre und Parteimitglieder verhaften lassen. Bei Protesten gegen das Parteiverbot war im Dezember in Diyarbakir der Student Eden Aydın von der Polizei erschossen worden. Alle übrig gebliebenen DTP-Politiker waren daraufhin der noch legalen Nachfolgepartei BDP beigetreten, die die Newroz-Feiern am Sonntag ausgerichtet hatte.

Trotz aller Verbote „steht das Volk hinter uns“, sagte der BDP-Chef von Diyarbakir, Cafer Kan. Auch er hat wegen Unterstützung der PKK bis 2009 zwölf Jahre in Haft gesessen. Am kommenden Freitag muss er sich erneut vor Gericht verantworten.

Staatsanwälte fordern 525 Jahre Haft für Journalisten

PRESSEFREIHEIT Der türkische Staat möchte einen Kurden zu einer Rekordstrafe verurteilen, weil er über Kurdistan und Guerilla geschrieben hat

Für 525 Jahre soll der kurdische Journalist Vedat Kursun ins Gefängnis. Die Staatsanwaltschaft im osttürkischen Diyarbakir wirft ihm vor, als Chefredakteur der kurdischsprachigen Tageszeitung *Azadiya Welat* („Die Freiheit des Vaterlandes“) Propaganda für die PKK betrieben zu haben.

In der Anklageschrift sind 103 Ausgaben von *Azadiya Welat* aus den Jahren 2007 und 2008 aufgeführt. Bereits die Nennung der Begriffe „Kurdistan“ und „Guerilla“ soll nach Ansicht der Justiz gegen das türkische Antiterror-Recht verstoßen. Auch die Bezeichnung des PKK-Gründers Abdullah Öcalan als „Anführer der Kurden“, die Verbreitung von Erklärungen führenden PKKler oder Traueranzeigen für gefallene kurdische Kämpfer sind Gegenstand der Anklage.

Seit Januar 2009 sitzt der 34-jährige gelernte Fernsehtechniker in Untersuchungshaft. Am Donnerstag beriet der Hohe Strafgerichtshof in Diyarbakir zum vierten Mal über seinen Fall. Der Staatsanwalt hatte neben den Richtern an deren Tisch Platz genommen, Kursun selbst durfte jedoch nicht bei seinen Anwälten sitzen. Von zwei Soldaten bewacht konnte er in der gegenüberliegenden Ecke des Saales verfolgen, wie das Gericht nach nur wenigen Minuten den Fortgang der Verhandlung auf den 6. Mai vertagte. Dann soll ein Urteil fallen.

Azadiya Welat ist die einzige Tageszeitung in der Türkei, die in kurdischer Sprache erscheint. Nach Angaben des derzeitigen Chefredakteurs Eser Ugansiz erreicht sie eine Auflage von 15.000 Exemplaren, die in der Osttürkei und den großen Städten des Westens auf der Straße verkauft werden. Für den Vertrieb am Kiosk ist die Auflage zu gering.

Wie praktisch jedes kurdische Medium betrachtet der türkische Staat die Zeitung vor allem als Sprachrohr der PKK. „Wir sind nur ein Sprachrohr des kurdischen Volkes“, sagt Ugansiz dazu. Mit Anklagen wie der gegen Kursun wolle die Regierung die Kur-



Journalist Vedat Kursun erkrankte in Haft an Hepatitis Foto: DIHA

den zwingen, „ihre Sprachmuster zu übernehmen. Aber wir lassen uns nicht vorschreiben, wie wir zu sprechen haben.“

Seitdem die Zeitung 2006 begann täglich zu erscheinen, wurde sie fünfmal für bis zu einen Monat geschlossen. Der Vorwurf war stets der gleiche: „Werbung für eine verbotene Organisation“. Ugansiz ist der fünfte Chefredakteur. Der erste floh nach einer Verurteilung in die Schweiz. Seine Nachfolgerin Emire Demir ist wegen Propagandadelikten in 80 Fällen angeklagt. Noch läuft das Verfahren, Demir ist auf freiem Fuß. Ugansiz' Vorgänger, Ozan Kilinc, produzierte im Juni 2009 nur zwölf Ausgaben von *Azadiya Welat*. Er wurde am 9. Februar dieses Jahres zu 21 Jahren Haft verurteilt und sitzt im Gefängnis.

Der im Gefängnis an Hepatitis erkrankte Journalist Kursun hat zwei Jahre für die kurdische Nachrichtenagentur Diha gearbeitet, bevor er 2007 zu *Azadiya Welat* kam. Als der Journalist 2009 versuchte nach Europa zu fliehen, wurde er am Flughafen von Istanbul verhaftet. Sein Nachfolger hat für ihn wenig Hoffnung. „Der wird nicht wieder freikommen“, fürchtet Ugansiz. Im Moment sei die Lage für kurdische Publizisten „so schlimm wie noch nie“. Fast jeder veröffentlichte Artikel und jedes Foto werde als Straftat gewertet. „Deshalb sind wir gezwungen, die Verantwortlichen der Zeitung ständig auszutauschen“, sagt Ugansiz. Dennoch wolle die Redaktion auch dann „genauso weitermachen wie bisher“, wenn Kursun tatsächlich zu der Rekordstrafe verurteilt wird.

CHRISTIAN JAKOB, DIYARBAKIR